

Wegen bestehender pflichtmäßige militärische Vorbereitung der Landsturm-pflichtigen Jugend sowie durch Vermittlung der verbündeten Regierungen im Wege landesrechtlicher Regelung ist die Rechte der körperlichen Erziehung für die Schule klassen im Alter von 14 bis 17 Jahren im Anschluß an die physisch zu gehaltende Fortbildungsschule zu ordnen, und hi die Fortbauer der von den Städten. Generalkommandos und verbündeten Staatsbehörden im Interesse der Wehrkraft und des Jugendzuges erlassenen Haftvergaberegelungen über den Kriegsstand nach deren einsichtlicher Zusammenfassung und sinnemäßiger Umsetzung zu führen.

Der Petitionsausschuß des Reichstags verhandelte über die bereits im Oktober 1916 eingereichte Einigung am 13. März.

Der Referent zur Petition, der Konteradmiral Sohns, stellt auf den Punkt der Petition, deren Förderung er für harmlos, schädlich und nötig bezeichnete. Er beantragte: „Die Petition den Ausdruck als Material zu überweisen.“

Der Korrespondent König (Sop.) beantragt: „Die Petition nach Leibergang zur Tagesordnung als erledigt erscheinen zu wollen“ und führte dazu u. a. beständiges aus: Die gegenwärtige Jugend nicht mehr und weniger als militärische Erziehung der Jugend handelt, stehen Fragen der Weltanschauung aufeinander. Die Sozialdemokratie muss grundsätzlich gewiss sein, die geistige Erziehung der Jugend durch Militärverfahren vereinfachen zu lassen, das sei Aufgabe der Pädagogen. Die Geist ist neu groß, das die Jugend in dauerhaftem Geiste tragen will. Die militärische Sozialisten erfüllung kann schließlich nach dem Kriege wieder ihre Anerkennung fördern. Will man die Jugend aber nur körperlich erziehen, so muß das geschehen in Volk- und Fortbildungsschulen. Die Petition verlangt keinen Endes der Verlängerung der militärischen Dienstzeit, wogegen wir uns mit Entschiedenheit wenden müssen.“

Verlebensteiner (Sp.) befürwortet sich als Schulmann als günstiger Weg einer militärischen Erziehung der Jugend. Auch militärische Kreise sprachen offen ihre Bedenken aus.

Der militärische Regierungsvorsteher lädt ein: Der jetzige Krieg habe bewiesen, daß eine bessere Fortbildung der Soldaten nötig sei. Das müsse in der Jugend geschehen, insbesondere durch turnerische Aus- und Fortbildung. Die Wehrmachtsaufgabe der Jugend muss dann später dem Heere überlassen werden.

Eine Verlängerung der Dienstzeit ist zweckmäßig, um das Ziel der Ausbildung zu erreichen. Durch die Jugendförderung unter militärischer Gewalt soll der Sinn der Jugend gesteckt, die Person als Mensch und Staatsbürger gehoben werden.

Noch längerer Debatte wurde schließlich die Petition mit 10 gegen 9 Stimmen als Material dem Reichskanzler überwiesen.

Deutsches Reich.

Die Mittelstandsbüro im Reichstag.

Der Reichstag beschäftigte sich am Mittwoch mit einer Mittelstandserpellation des Bentzums. Mit leichtem majoritärer Befürchtung forderte der Abg. Dr. Loh, daß für den durch den Krieg und das Großkapital arg bedrängten Mittelstand etwas geschehen müsse. Die Gründe alles Übelns seien ihm einerseits der sozialpolitisch verdeckte Apparat der Kriegswirtschaft, andererseits die grobkapitalistischen Prinzipien eines Rathenau zu sein, von deren Beibehaltung er den vollständigen Ruin des Mittelstandes verpricht. Er warnt, daß sofort nach Kriegsschluß die alten Zustände wiederhergestellt werden. Ihm antwortete der Staatssekretär zu Berlin, Dr. E. Stein. Er beobachtete die Kriegsmöglichkeiten, vor allem die Stilllegung von Betrieben, die aber nicht zu scheuen waren, und gibt für die Zukunft Zusicherungen, die zwingend wirken sollen.

Genoss Brühne legte klar die Ursachen dar, die jetzt in Werte sind, das Kleingewerbe auszurotten; im Besitzalter eines Betriebes kann das Kleingewerbe den Konkurrenz nicht eben nicht durchführen. Er wies darauf hin, daß das Großkapital rücksichtlos den Mittelstand proletarisiert, und des Arbeiters auf die kapitalistische Verrottung ein, deren Gipfel mit dem Fall Daimler erreicht ist. Das Großkapital ist gewillt, sich rücksichtlos durchzuspielen, und scheint vor den Mitteln der Erpressung und des Hochverrats gut zu stande. Der Abg. Doermann von der Volkspartei hat die Frage wieder auf das Nebengesetz der sogenannten sozialistischen Wirtschaftsreform. Es scheint dieser Partei jedes Mittel recht zu sein, um die Zwangswirtschaft zu stärken und einem sogenannten „freien Handel“ Tür und Tor zu öffnen, der nur noch dazu fehlt, den heutigen Kunden die Krone aufzuziehen.

Morgen wird dieser Faden wahrscheinlich weiter gesponnen werden.

Erklärungen des Kammerherrn von Behr-Pinnov.

Kammerherr von Behr-Pinnov stellt durch seinen Auftritt in der Telegraphen-Union eine Erklärung zur Verfügung, wonach die an die Kriegerstaaten zu zahlenden Summen vom Kriegsministerium vorgeschrieben waren und so vorschriftsgemäß worden sind. Der Herr Frau von Behr-Pinnov legt seine besondere Bedeutung etwas erhalten.

Das Kriegsministerium hat nicht 500 000 M. abgeführt, sondern selbst geraten, den Vergleich zu suchen. Der Vertrag mit etwa 4½ Millionen Mark, der sich durch Steuern in ca. 90 Prozent vermindert hat, ist mir infso der unzureichende Preis der Lieferung mit angemessenen Preisen entsprochen. In einer dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Reichstages überstandenen Zuschrift erklärte Kammerherr von Behr-Pinnov, die ihm in der Deffensivtheit zur Voit gegebenen, stroharen und unlauteren Handlungen nicht begangen zu haben. Von der Aufsichtsbehörde sei ihm lediglich ein Einschlag gegen die Preisbestimmungsverordnung zur Voit gegeben worden. Die Aufsichtsbehörde sei von der Behörde genauso wie die Preise von den amtlichen Prüfungsstellen im Kriegsministerium vorgeschrieben worden. Herr von Behr-Pinnov habe auf seinen Anteil in 2% Jahren Prozent gleich 1375 M. und nicht mehr erhalten. Den Rest des Anteiles habe er lange vor Beginn der Strafuntersuchung zu zweien der Säuglingsfürsorge gestiftet. Dieser Betrag beträgt 55 331 M.

Merkwürdig bleibt die Sache immer noch. Wenn die Aussichtsweise des Herrn von Behr-Pinnov so harmlos ist, was kommt bleibt es da 50 000 M. zum Vergleich? Noch schwächer wäre es, wenn wirklich viele Herr von Behr-Pinnov behauptet, das Kriegsministerium einen Vergleich vorstellen würde. Unsere Strafverteidiger kennen, abgesehen von Unterschiedsgesetzen, keinen Vergleich. Hat also wirklich das Kriegsministerium sich damit einverstanden erklärt, Herr von Behr-Pinnov für eine strafbare Handlung mit

durch freiwillige Zahlung einer Goldsumme Buße zu tun, so hätte es sich einer argen Preisvergleichung schuldig gemacht. Eine solche Ausflüchtung der Angeklagten ist wahrlich deplorable.

Eine Abfrage an den Altdutschen Verband.

Die nationalliberalen Parlamentarier Blankenburg, Reinath, Siltz-Ehlingen, Dr. Schulenburg, Dr. Tresemann und Dr. Stellmann haben dem Altdutschen Verband nachfolgende Erklärung zugeleistet: Angesichts der innerpolitischen Haltung und der unerhörten Kampfweise gegen die Nationalsozialistische Partei, deren sich die von dem Altdutschen Verband begründete Deutsche Zeitung befürchtet, ist es unmöglich, dem Altdutschen Verband fernher zu angehören. Wir erachten daher, uns aus der Mitgliedschaft des Altdutschen Verbands zu streichen. Wir führen die ausdrückliche Erklärung hinzu, daß mit diesem Entschluß keinerlei Rückerlang in unserer Arbeit für eine starke Sicherung der deutschen Zukunft verbunden ist.

Sozialdemokratische Fraktion und Kriegstretrie.

Aus der Bewegung des Vorwärts, daß Abgeordneter Rose von der Fraktion als Redner zu den Kriegstretrieen befreit sei, haben

Der amtliche österreichische Kriegsbericht.

Am 13. März. "Amitlich wird bekannt:

In Venetien griffen zwei österreichisch-ungarische Kampfflieger zur Vergeltung feindlicher Luftangriffe den italienischen Flugplatz Norden von Venedig an. Der Feind setzte hierbereits Jagdflieger an, wurden überdeckt, und 300 bis 500 Meter Höhe mit Bomben beworfen und unter heftigem Maschinengewehrfeuer gesunken. Eine italienische Flugzeugstaffel stieß ein. Unserer Flieger feierten volljährig zurück und bombardierten an der Seefahrt noch Treviso und die feindlichen Städte an der Po.

An der Isonzo front besiegte Oerlentzmann Einzel den 20. Gegner im Luftkampf.

Der Chef des Generalstabs.

Letzte Telegramme.

Gegen die Wiederbegleitung im Luftkrieg.

Hang, 13. März. Wie der kleine Court aus London erhält, werden sich Daily News gegen die Wiederbegleitung durch Luftangriffe. Sie auf deutsche Städte ausgeschickten Nachrichten bewirkt, daß die Zustellung auf London zahlreicher würden, anstatt daß ihnen ein Ende gemacht werde. Das Wort lautet: Das einzige Kennzeichen aller dieser Angriffe ist, daß nichts dabei herauftaucht, was von militärischer Bedeutung sein könnte.

Minister Berning über Finanzzeugen.

München, 13. März. Der Finanzminister der Abgeordnetenkammer berichtet heute das Kapitel Finanzschulden, die insgesamt rund 2574 Millionen Mark beträgt. Verschiedene Abgeordnete wandten sich dagegen, daß ein Teil der Kriegsschulden auf die Bundesländer abgewälzt werde, und traten dafür ein, daß möglichst nach der Erzielung einer Kriegsentlastigung getilgt werden müsse. Der Finanzminister b. Breunig erwiderte, daß wegen einer Kriegsentlastigung der Krieg nicht einen Tag verlängert werde. So wie die Kriegstage heute sei, würden Reichsregierung und Hoheitsregierung die Freude des deutschen Volkes zu wahren wissen. Die Beweisung eines Teiles der Finanzschulden an die Bundesländer sei nicht durchführbar. Die Reichsregierung arbeite bereits an einem Tilgungsplan. Von einer Entzettelung der Reichslandes oder einer Vermögenskonfiszation sei durchaus nichts zu sprechen. Die Verhältnisse des Deutschen Reiches seien dazu viel zu gesund.

Letzte lokale Nachrichten.

Beteiligung von getrockneten Kohlrüben bei vorzeitigem Kartoffelernte.

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird folgendes bestimmt: Dejenigen Personen, die ihre Kartoffeldrohre vorzeitig ausgebaut haben, wird Gelegenheit gegeben, getrocknete Kohlrüben zu bezahlen.

Für je eine Person können bis zu 15 Pfund getrocknete Kohlrüben entnommen werden.

Verteilung von Sauerkraut.

Auf Ausweis 158 der Lebensmittelkarte (17. Februar bis 18. März 1918) wird 34 Pfund Sauerkraut verteilt.

Beteiligung von Schweinefett und Margarine.

Am 19. und 20. März 1918 wird auf die Landesfestplatte der Stadt Dresden „März“ D. 40 Gramm Schweinefett und 30 Gramm Margarine verteilt. In der Woche vor Ostern gibt es Butter.

Beteiligung von Seife.

Der Übernahmekaufhauptsatz der Seifenindustrie wird mit Genehmigung des Reichsministers einmalig eine zusätzliche Menge von 50 Gramm R.-A.-Seife für die Person zur Verteilung bringen. Die Verbraucher sollen durch diese Aufzunahme für den Ausfall der auf 156 Gramm herabgesetzten Seifensubstanzmenge entschädigt werden. Die amtliche Beteiligung, die die Abgabe der erlaubten Seifenmenge an das Publikum gestatten wird, ist Anfang April zu erwarten.

Eine Wäscheleibin.

Die Wäsche von der Dame Wahl wurde am 11. März von der Kriminalpolizei in der 30-jährigen Martha Etzle ermittelt und festgenommen. Ihre Tätigkeit entdeckte sie häufiglich in der Johannvorstadt. Zu einer Anzahl Freunden, gez. M. S., H. R., A. St. und A. S., Zögner, Strampf, Herrenholz, einer blauen Mädelhöfchen und anderen Wäscheleibininnen, hielten die Eigentümer nach nicht festgestellt werden. Diese wollen sich ungenau bei der Kriminalpolizei melden. Das Bild der Diebin hängt in der Vorhalle des Polizeihauptgebäudes aus.

Gedergifzung.

Heute vormittag wurde in einem Hause der Johann-Georgs-Allee ein 62 Jahre alter Rentierhaltiger mit Gasgedergifzung aufgefunden. Der Einwohner gelang es, unter Aufnahme des Saurestoffapparates den Leichenmüller nach 30 Minuten ins Bewußtsein zurückzurufen.

Entgleisung.

Auf dem Bahnhof Niedersedlitz entgleiste heute früh ein Dampfzug mit fünf Wagen. Die Eisenbahnstrecke war einige Stunden gesperrt, doch wurde durch den Unfall kein weiterer Schaden angerichtet.

Brückn. Die Brots- und Lebensmittelkartenabgabe erfolgt auf die Zeit vom 17. März bis mit 13. April 1918 Sonnabend den 16. März, vormittags von 8½ bis 1 Uhr mittags; für die Brotdrohre Straße in Blümner 6, für die Deutschen Straße in Blümner 1 und für die übrigen Straßen in Blümner 8. Bescheinigungen für Saubereiterzeugungen sind ausreichend vorzulegen. Bei späterer Vorlegung erfolgt keine Nachprüfung. Personen, die an den Volksschulen teilnehmen, haben Abchnitt 1 der Landeskartoffel in Blümner 1 abzugeben. Wer den Abchnitt 1 nicht abgibt, ist auf der Strecke von der Volksschule aufzuschließen. Die Kosten sind bei Empfang sofort zu prüfen. Rätselhaft sind vorzulegen. — Die Verteilung der Landeskartoffel Abchnitt III und IV der Landeskartoffel mit 30 Gramm Margarine erfolgt heute Donnerstag in den einschlägigen Geschäften.

Obergörbitz. Brots-, Fleisch-, Milch- und Nährmittelkartenabgabe beginnt den 15. März 1918; Herr Bierig, von 4 bis 6 Uhr nachmittags, für Wilsdruffer Straße 13 bis 14 und von 5 bis 6½ Uhr nachmittags, für Wilsdruffer Straße 15 bis 18 im Wilsdrufferdamm, Herr Barthel, von 4 bis 5 Uhr nachmittags, für Leubnitz- und Wilhelmstraße und von 6 bis 7 Uhr nachmittags, für Döbeln- und Petersburger Straße im Restaurant zur Poststube, Herr Oberhardt, von 7 bis 8 Uhr abends, in Schlesers Gastwirtschaft. Die Arbeiterbescheinigungen müssen erneut vorliegen vorgetragen werden. Eine Durchsuchung bei späterer Vorlage erfolgt nicht. — Kartoffelausgabe auf Billigstauskarten, B-Wäschette der Tambosalatoffiziere und Bezirksoffiziere erfolgt am Sonnabend den 16. März, von 1½ bis 2½ Uhr nachmittags, im Brauthaus Wilsdruffer Straße 22. Preis: 9 Pf. pro Körner. — Die Ausgabung der Kleiderunterstützung für die Zeit vom 14. bis mit 31. März erfolgt am Sonnabend den 16. März, von 10 bis 12 Uhr vormittags, im Beuerleinbeamten. Die Unterstellung ist entsprechend der angegebenen Zeit abzuholen. — Braunholtz (Zwickau) erläutert am Sonnabend den 16. März, von 3 bis 4 Uhr nachmittags, im Saal des Vereinshauses in beliebter Nähe zum Postamt.

Vorbericht der südböhmischen Landeswettbewerbe

für den 15. März 1918.

Meist heiter; mäßig füllig; mäßig.

Aus aller Welt.

Der Karlsruher Würde verhaftet.

Bei einem Dellerainbruch in Oberschöneweide wurde der Verbrecher ergriffen, der kürzlich in Karlsruhe den Lehrer Thiem und dessen Schwiegersohn Dipl.-Ingenieur Glemke erschoss. Es ist ein 27 Jahre alter, aus Berlin gebürtiger Kutschere Bruno Hoffmann, ein Soldat, der aus dem Festungsgespann in Spanien entflohen war.

Der in Oberschöneweide Überwalte nannte sich Müller und leugnete hartnäckig, mit dem Verbrechen in Karlsruhe irgend etwas zu tun zu haben. Er wurde nach Berlin geholt und der Militärgericht übergeben. Auch hier blieb er dabei, daß er Müller heißt. Hoffmann beschäftigte sich die Kriminalpolizei mit ihm und stellte ihn als den flüchtigen Soldaten Bruno Hoffmann fest, der noch zwei Jahre Festungsgespann zu verbüßen hat, am 2. Februar d. J. jedoch aus Spanien entwichen ist. Diese Entlarvung und der Hinweis auf seine Täterschaften endlich zu einem unstillbaren Verdacht. Hoffmann ließ sich seit seiner Flucht aus Spanien umher und lebte von Brot- und Nahrungsmitteln. Leichtfertig und ohne Arbeit zu arbeiten, ist er in Karlsruhe aufgetreten. Er behauptet auch, daß er ganz allein gewesen sei. Nach dem vorausgesetzten Schüssen, die Wirkung Hoffmann nicht gekannt haben will, ergreift er die Flucht. Seine Überlebenskünste des Raumes vertrieb er sich an beiden Händen an dem Stadtbild. Die Pistole, mit der er die beiden Männer niedergeschossen hatte, verlor er auf der Flucht.

Graf Burgk nach Chile geflüchtet.

Bonn, 14. März. Holländisch-Nicaragua Bureau meldet aus London: Graf Burgk ist nach einer Reise der Grönland-Zeitung Teilnehmer einer Chile geflüchtet. Der Konsulatortade ist ebenfalls verschwunden. Die Polizei ist seit mehreren Tagen ohne Spur von den beiden herren. Chilegut Konsulat besaß.